

Weizenbaum Report 2023: Politische Partizipation in Deutschland

Heger, Katharina; Jokerst, Sofie; Strippel, Christian; Emmer, Martin

Erstveröffentlichung / Primary Publication

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Heger, K., Jokerst, S., Strippel, C., & Emmer, M. (2023). *Weizenbaum Report 2023: Politische Partizipation in Deutschland*. (Weizenbaum Report, 4). Berlin: Weizenbaum Institute for the Networked Society - The German Internet Institute. <https://doi.org/10.34669/wi.wr/4>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

weizenbaum
institut

WEIZENBAUM REPORT 2023

Politische Partizipation in Deutschland



WEIZENBAUM REPORT 2023

Politische Partizipation in Deutschland

Katharina Heger, M.A. \ Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft, Berlin

Sofie Jokerst, B.A. \ Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft, Berlin

Christian Strippel, M.A. \ Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft, Berlin

Prof. Dr. Martin Emmer \ Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft, Berlin \
Freie Universität Berlin

MITARBEIT

Dr. Laura Leißner \ Lisa Zenke, B.A. \ Katrin Rothermel, B.A. \ Antonia Peißker \
Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft, Berlin

KONTAKT

Prof. Dr. Martin Emmer
martin.emmer@fu-berlin.de

HERAUSGEBER

Der Vorstand des
Weizenbaum-Institut e.V.
Prof. Dr. Christoph Neuberger
Prof. Dr. Sascha Friesike
Prof. Dr. Martin Krzywdzinski
Dr. Ricarda Opitz

Hardenbergstraße 32
10623 Berlin

Tel.: +49 30 700141-001
E-Mail: info@weizenbaum-institut.de
Web: www.weizenbaum-institut.de

Der Weizenbaum Report 2023 „Politische Partizipation in Deutschland“ wurde durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert (Förderkennzeichen 16DII131 – Deutsches Internet-Institut). Die Datenerhebung fand in Kooperation mit der Freien Universität Berlin statt.

DOI 10.34669/wi.wir/4

ISSN 2748-9302

LIZENZ

Diese Veröffentlichung ist unter der Creative-Commons-Lizenz „Namensnennung 4.0 International“ (CC BY 4.0) lizenziert: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Weiterführende Informationen zur Arbeit des Weizenbaum-Instituts und der Forschungsgruppe „Weizenbaum Panel“ finden sich im Internet [hier](#).

GESTALTUNG

Karen Fischäder

BILDNACHWEISE

Titelbild: Unsplash \ Chuko-Cribb

Die Untersuchung politischer Partizipation in Deutschland 2022

Das Jahr 2022 eröffnete den Bürger:innen mit der Aufhebung der meisten COVID-Infektionsschutzmaßnahmen wieder deutlich mehr Möglichkeiten, sich politisch einzubringen, nachdem die zwei Jahre zuvor von tiefgreifenden Einschränkungen des öffentlichen Lebens geprägt waren. Zudem hatten weltpolitische Ereignisse wie der Angriff Russlands auf die Ukraine oder die Proteste gegen das autoritäre Regime im Iran eine mobilisierende Wirkung auf die deutsche Bevölkerung, was sich unter anderem in einer Zunahme an Demonstrationsteilnahmen gegenüber dem Vorjahr zeigt.

Längerfristige Entwicklungen in der politischen Beteiligung zu beobachten und dabei den digitalen Wandel bürgerschaftlichen Handelns zu analysieren, ist Ziel des „Weizenbaum Panels“. Die seit 2019 jährlich durchgeführte Längsschnittstudie zu politischer Partizipation und Kommunikation befasst sich mit dem politischen und sozialen Engagement in Deutschland. Neben der sich wandelnden Rolle digitaler Medien im politischen Handeln der Menschen wurde in diesem Jahr unter anderem dem Autoritarismus als einem Treiber antidemokratischer Beteiligung, sogenannter „Dark Participation“ im Netz (S. 10–12) und den Auswirkungen sozialer Ungleichheit auf die politische Teilhabe (S. 14–16) nachgegangen.

Der jährlich erscheinende Weizenbaum Report berichtet ausgewählte Befunde dieser bevölkerungsrepräsentativen Längsschnittuntersuchung, die von Oktober bis Dezember 2022 zum vierten Mal durchgeführt wurde.

Weitere Informationen zum Weizenbaum Panel, zu den methodischen Details der Erhebungen sowie alle früheren Berichte und zusätzliche Publikationen gibt es im Internet unter: <https://panel.weizenbaum-institut.de/>

Zentrale Befunde

1 Bevölkerung steht KI und sozialen Medien ambivalent gegenüber

- \ Während sich das Internet und seine Nutzung in der Gesellschaft etabliert haben und von der Mehrheit der deutschen Bevölkerung positiv bewertet werden, fällt die Einschätzung sozialer Medien deutlich kritischer aus. Rund ein Drittel der Befragten bewertet soziale Medien als sehr oder eher negativ.
- \ Bei der Bewertung von Künstlicher Intelligenz prägen Unsicherheit und Unentschiedenheit die Haltung der Menschen.

2 Digitale Partizipationsformen und Lebensstilpolitik etablieren sich

- \ Bei traditionellen Formen der politischen Partizipation lassen sich rückläufige Tendenzen beobachten. Das digitale politische Engagement der Bürger:innen bleibt hingegen stabil.
- \ Politische Erwägungen spielen auch bei alltäglichen Entscheidungen eine große Rolle. Rund die Hälfte der Befragten trifft Kaufentscheidungen aus politischen, ethischen oder sozialen Gründen.

3 NetzDG und bürgerschaftliches Engagement zeigen Wirkung gegen Hass im Netz

- \ Trotz rückläufiger Wahrnehmung von Hassrede im Internet setzen sich Menschen weiterhin gegen Hass und Hetze sowie gegen Falschnachrichten im Internet ein.

4 Autoritär eingestellte Personen sind politisch weniger aktiv als andere Bürger:innen

- \ Menschen mit autoritären Einstellungen beteiligen sich politisch deutlich weniger als der gesellschaftliche Durchschnitt. Dies gilt auch für Partizipation in sozialen Medien.

5 Digitale Medien können Ungleichheiten in der politischen Beteiligung reduzieren

- \ Sozial schlechter gestellte Menschen partizipieren weniger in Politik und Zivilgesellschaft, insbesondere bei traditionellen Beteiligungsformen. Bei neueren und vernetzten Aktivitäten sind die Ungleichheiten dagegen schwächer ausgeprägt.

Über diese Studie

Um die politische Partizipation in Deutschland umfassend und im Zeitverlauf beobachten und beschreiben zu können, führt das Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft in Zusammenarbeit mit der Freien Universität Berlin jährlich zwischen Oktober und Dezember eine wissenschaftliche Befragung durch. Die Untersuchung ist als sogenanntes „rollendes Panel“ angelegt, das heißt, dass in jedem Jahr möglichst dieselben Personen befragt werden und für diejenigen, die nicht wieder teilnehmen, neue Personen kontaktiert und hinzugefügt werden.

Im Herbst 2022 wurden insgesamt 2.023 Personen¹ telefonisch befragt, von denen 41 Prozent² bereits im Vorjahr 2021 teilgenommen hatten. Die neu hinzugekommenen Befragten wurden nach einem Zufallsverfahren aus der deutschsprachigen Bevölkerung in Deutschland ab 16 Jahren ausgewählt.³ In durchschnittlich knapp 30-minütigen Telefoninterviews wurden die Teilnehmer:innen danach gefragt, welche Medien sie nutzen, wie sie sich über politische Themen informieren, wie sie die Digitalisierung sehen und wie sie sich politisch engagieren. Zudem wurden politische Einstellungen abgefragt, darunter etwa Fragen zum Vertrauen in die Regierung, zum Demokratieverständnis sowie zu autoritären Einstellungen. Ergänzt wurde dies um Fragen zum sozialen Status, zur ost- und westdeutschen Sozialisation und zu „Bürgernormen“, also individuellen Vorstellungen davon, wie sich ein „guter Bürger“ oder eine „gute Bürgerin“ in einer Demokratie verhalten sollte.

Der Großteil der Interviews wurde im Telefonstudio der Freien Universität Berlin durchgeführt, das 2022 erstmalig seit Ausbruch der COVID-19-Pandemie wieder vollumfänglich genutzt werden konnte. Rund 500 weitere Interviews wurden durch das Institut für Umfragen, Analysen und Data-Science (UADS) in Duisburg durchgeführt.

Der nachfolgende Bericht liefert einen ersten Überblick über ausgewählte Befunde der Befragung des Jahres 2022 und Veränderungen gegenüber den Vorjahren 2019 bis 2021. Weiterführende Informationen und eine ausführliche Erläuterung der Methodik finden sich hier: <https://panel.weizenbaum-institut.de/ressourcen/>

¹ Alle hier und im Folgenden berichteten und dargestellten Verteilungen sind nach dem höchsten Bildungsabschluss der Befragten gewichtet, um für die deutsche Bevölkerung repräsentative Aussagen treffen zu können

² Der relativ geringe Anteil erklärt sich dadurch, dass die Zahl der Teilnehmenden im Jahr 2022 noch einmal deutlich erhöht wurde; im Jahr 2021 wurden insgesamt nur 1.595 Personen befragt.

³ Bei Stichprobenerhebungen sind Schlussfolgerungen auf die Gesamtbevölkerung mit einer gewissen Unschärfe belastet, die auf Zufallseffekte bei der Stichprobenziehung zurückgehen. Dieser Unschärfbereich beträgt hier ca. ± 3 Prozentpunkte. Lesebeispiel: Bei einem in der Stichprobe ermittelten Wert von 85 Prozent liegt der tatsächliche Wert in der Gesamtbevölkerung (mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 %) zwischen 82 und 88 Prozent.

Einstellungen zu Politik und digitalen Medien in Deutschland

Politische Partizipation und politische Einstellungen können stark von aktuellen politischen Ereignissen beeinflusst werden. Das Phänomen etwa, dass sich in Krisensituationen die öffentliche Meinung in Richtung einer Unterstützung von Regierung und Amtsinhaber:innen bewegt, ist als „Rally-around-the-flag“-Effekt bekannt. Ein solcher Effekt war in Deutschland zu Beginn der COVID-19-Pandemie zu beobachten.⁴ Auch in den Daten der vergangenen Befragungswellen des Weizenbaum Panels zeigt sich für den Zeitraum zwischen Ende 2019 und Ende 2020 ein leichter Anstieg des Vertrauens der deutschen Bevölkerung in die Regierung.⁵

Der Ukraine-Konflikt und die von Bundeskanzler Olaf Scholz ausgerufene „Zeitenwende“, die sich zwischen den Befragungswellen Ende 2021 und Ende 2022 ereignet haben, zeigen hingegen keinen vergleichbaren Effekt: Während Ende 2021 etwa ein Drittel (34,5 %) der Bevölkerung der Aussage zu-

stimmte, dass die politische Opposition die Arbeit der Regierung nicht kritisieren, sondern unterstützen solle, sind dies im Jahr 2022 mit 36,4 Prozent nur wenig mehr. Ebenso geht der Anteil jener, die der Regierung vertrauen, zwischen 2021 (32,9 %) und 2022 (30,3 %) nur unwesentlich (und statistisch nicht signifikant) zurück.

Der mutmaßlich durch die COVID-19-Pandemie bedingte Anstieg des Vertrauens in die Regierung scheint sich demnach nicht fortgesetzt zu haben, was Studien aus anderen Ländern bestätigen.⁶ Allerdings geht das Regierungsvertrauen nach Ende der Pandemie auch nicht wieder zurück. Dass sich demgegenüber kein „Rally-around-the-flag“-Effekt nach dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zeigt, deutet darauf hin, dass dieser Krieg in der Bevölkerung nicht zu einem so großen Krisengefühl geführt hat wie dies bei der Pandemie der Fall war.

Einstellungen zur Digitalisierung

Die derzeit intensiv geführten Debatten über die Bedeutung sozialer Medien oder Künstlicher Intelligenz zeigen, dass die Digitalisierung und ihre Folgen für alle Lebensbereiche immer wichtiger werden. Je größer die Rolle des Internets und digitaler Technologien in der Gesellschaft, desto wichtiger ist es, dass Bürger:innen zu diesen Technologien Wissen und eine fundierte Haltung entwickeln,

um in einer digitalisierten Gesellschaft weiterhin selbstbestimmt leben zu können. Aus diesem Grund wurde in der vierten Welle des Weizenbaum Panels 2022 erstmalig die Haltung der Menschen gegenüber dem Internet allgemein und spezifischen digitalen Angeboten wie den sozialen Medien und Künstlicher Intelligenz erhoben.

⁴ Dietz, M., Roßteutscher, S., Scherer, P., & Stövsand, L.-C. (2021). Rally effect in the Covid-19 pandemic: The role of affectedness, fear, and partisanship. *German Politics*. <https://doi.org/10.1080/09644008.2021.2016707>

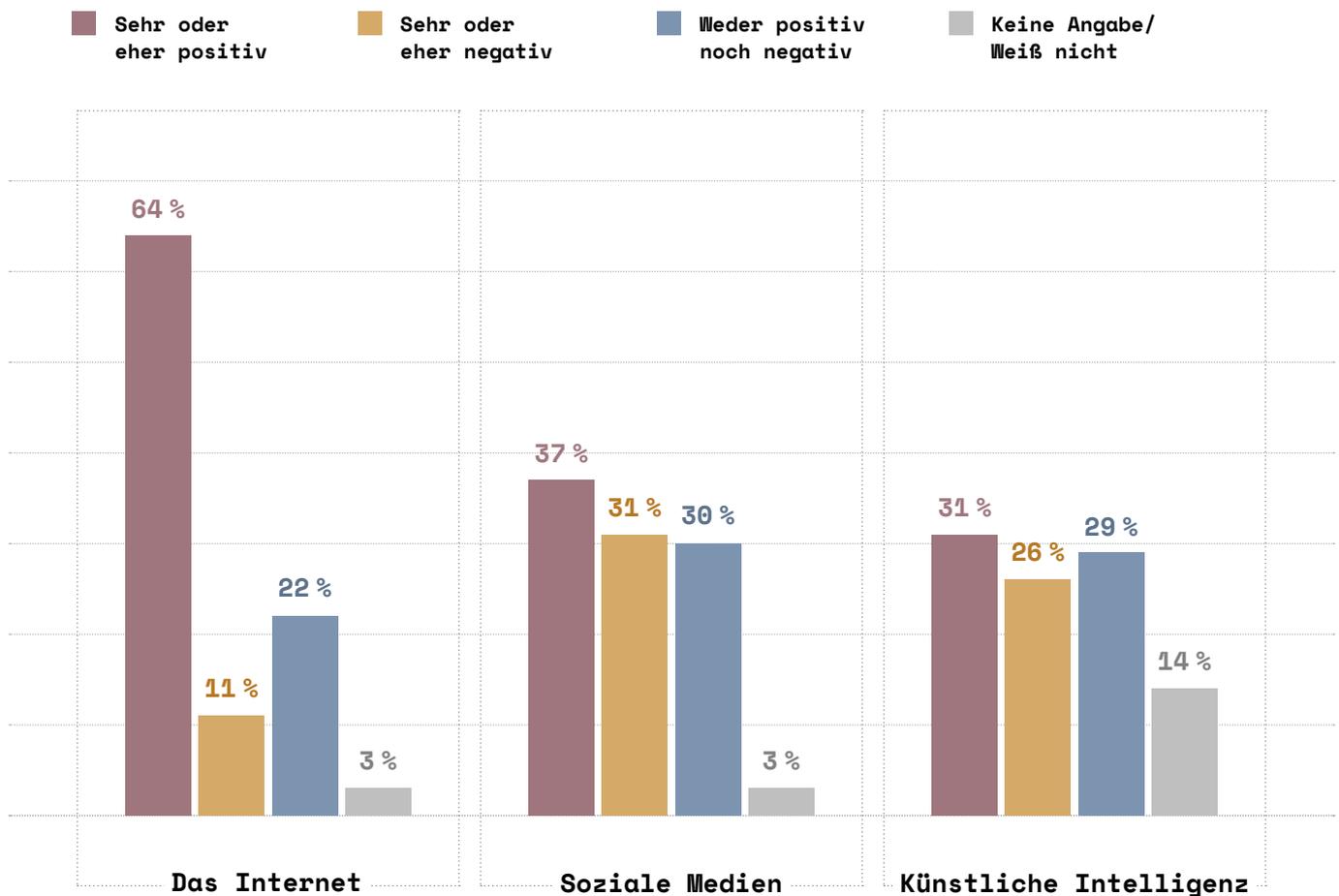
⁵ Heger, K., Leißner, L., Emmer, M., & Strippel, C. (2022). *Weizenbaum Report 2022: Politische Partizipation in Deutschland*. Berlin: Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft. Zugriff: https://www.weizenbaum-institut.de/media/Publikationen/Weizenbaum_Report/WI-Report-2022.pdf

⁶ Johansson, B., Hopmann, D. N., & Shehata, A. (2021). When the rally-round-the-flag effect disappears, or: When the COVID-19 pandemic becomes “normalized”. *Journal of Elections, Public Opinion and Parties*, 31(1), 321–334. <https://doi.org/10.1080/17457289.2021.1924742>

Die überwältigende Mehrheit bewertet das Internet im Großen und Ganzen positiv, während eine kleine Minderheit von 11 Prozent dem Internet eher negativ gegenübersteht. Etwa ein Viertel der Deutschen bewertet das Internet weder positiv noch negativ beziehungsweise kann oder möchte keine Aussage dazu machen.

Etwas anders sieht es bei sozialen Medien aus, deren Bewertung durch die Bevölkerung nicht so eindeutig ist: Ein gutes Drittel der Deutschen steht den sozialen Medien positiv gegenüber, knapp ein Drittel bewertet sie dagegen negativ. Ähnlich viele sind hinsichtlich einer Bewertung unentschieden oder enthalten sich.

Besonders interessant ist die Einstellung der Bevölkerung zum Thema Künstliche Intelligenz, das gegen Ende 2022 durch die Veröffentlichung des Chatbots ChatGPT große mediale Aufmerksamkeit erhalten hat: Dem Einsatz Künstlicher Intelligenz stehen in Deutschland etwas mehr Menschen positiv als negativ gegenüber. Mit knapp 30 Prozent ist zudem ein relativ großer Anteil der Befragten gegenüber Künstlicher Intelligenz neutral eingestellt. Bemerkenswert ist aber vor allem, dass mit 14 Prozent ein vergleichsweise großer Anteil zu diesem Thema keine Aussage machen kann oder möchte.



Einstellungen der Bevölkerung zu Themen der Digitalisierung

Basis und Skala: „Zurzeit wird ja viel über die Digitalisierung gesprochen. Ich nenne Ihnen nun drei Bereiche der Digitalisierung und Sie sagen mir bitte, wie positiv oder negativ Sie diese ganz allgemein bewerten: „Sehr positiv“, „eher positiv“, „weder positiv noch negativ“, „eher negativ“ oder „sehr negativ?“, gerundete Prozentangaben, n = 1196

Das Internet scheint im Alltag der Menschen weitgehend angekommen zu sein und wird nur noch von einer kleinen Minderheit als kritisch wahrgenommen. Diese Offenheit, die sich auch in einer breiten und intuitiven Nutzung digitaler Medien und Beteiligungsmöglichkeiten zeigt (siehe S. 8–9), stellt ein Potenzial dar, das auf Seiten der Politik und der öffentlichen Verwaltung bisher noch nicht voll genutzt wird, wie aktuelle Debatten um den Rückstand Deutschlands in verschiedenen Digitalisierungskategorien – von der Breitband- und Mobilfunkabdeckung bis zur Verwaltungsdigitalisierung – zeigen.⁷

Soziale Medien, die gerade für jüngere Menschen einen wesentlichen Teil der Internetnutzung ausmachen, werden im Vergleich dazu deutlich ambivalenter bewertet. Hier spielen sicher die kritischen öffentlichen Debatten um Plattformkonzerne wie Facebook, Google oder Twitter eine Rolle. Allerdings zeigen Studien auch, dass gerade Intensiv-

nutzer:innen sozialer Medien die Risiken dieser Plattformen durchaus bewusst sind, etwa beim Datenschutz oder der Manipulation öffentlicher Meinung.⁸ Insofern muss es sich bei diesen Bewertungen nicht nur um einen Effekt der Medienberichterstattung handeln, sondern sie können auch das Resultat eigener Erfahrungen sein.

Beim Thema Künstliche Intelligenz zeigt sich schließlich eine deutliche Wissenslücke, die es vielen Menschen noch nicht ermöglicht, eine Haltung zu entwickeln. Dies ist angesichts des schnellen Fortschritts auf diesem Gebiet, durch den in vielen Lebens- und Politikbereichen bereits Fakten geschaffen werden, ein Problem für die demokratische Selbstbestimmung. Gerade hier liegen zentrale gesellschaftliche Herausforderungen, die vom Namensgeber des Weizenbaum-Instituts Joseph Weizenbaum – dessen 100. Geburtstag in diesem Jahr gefeiert wird – bereits vor über fünfzig Jahren klar benannt wurden.

Politische Partizipation im Zeitverlauf

Die Daten zur politischen Partizipation der Menschen in Deutschland zeigen im vierten Jahr, wie sich die Muster und Häufigkeiten der Beteiligung im Zeitverlauf verändern. In einem insgesamt stabilen Umfeld lassen sich dabei einige rückläufige Tendenzen beobachten: Die Zahl der Menschen, die sich in Parteien, im Kontakt mit Politiker:innen, in einem Ehrenamt oder in der politischen Mobilisierung anderer Personen engagieren – alles überwiegend traditionelle politische Aktivitäten – geht in den letzten Jahren zurück.

Stabil bleiben dagegen unter anderem Partizipationsmöglichkeiten, die sich als moderne Formen von „Lebensstilpolitik“ beschreiben lassen, wie dem bewussten Kauf von oder Verzicht auf bestimmte Produkte (Buycott/Boycott), den etwa die Hälfte der Menschen praktizieren.⁹ Ebenso bleibt die politische Beteiligung im Internet und in den sozialen Medien stabil: Rund ein Viertel der Befragten kommentiert und teilt beispielsweise politische Inhalte in den sozialen Medien. Im Partizipationsrepertoire der Menschen in Deutschland hat

⁷ Europäische Kommission. (2023). *Digital economy and society index*. Zugriff: <https://digital-agenda-data.eu/datasets/desi/visualizations>

⁸ Gagrčin, E., Schaetz, N., Rakowski, N., Toth, R., Renz, A., Vladova, G., & Emmer, M. (2021). *We and AI – Living in a datafied world: Experiences & attitudes of young Europeans*. Berlin: Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft, Goethe-Institut e.V. Zugriff: <https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/74359>

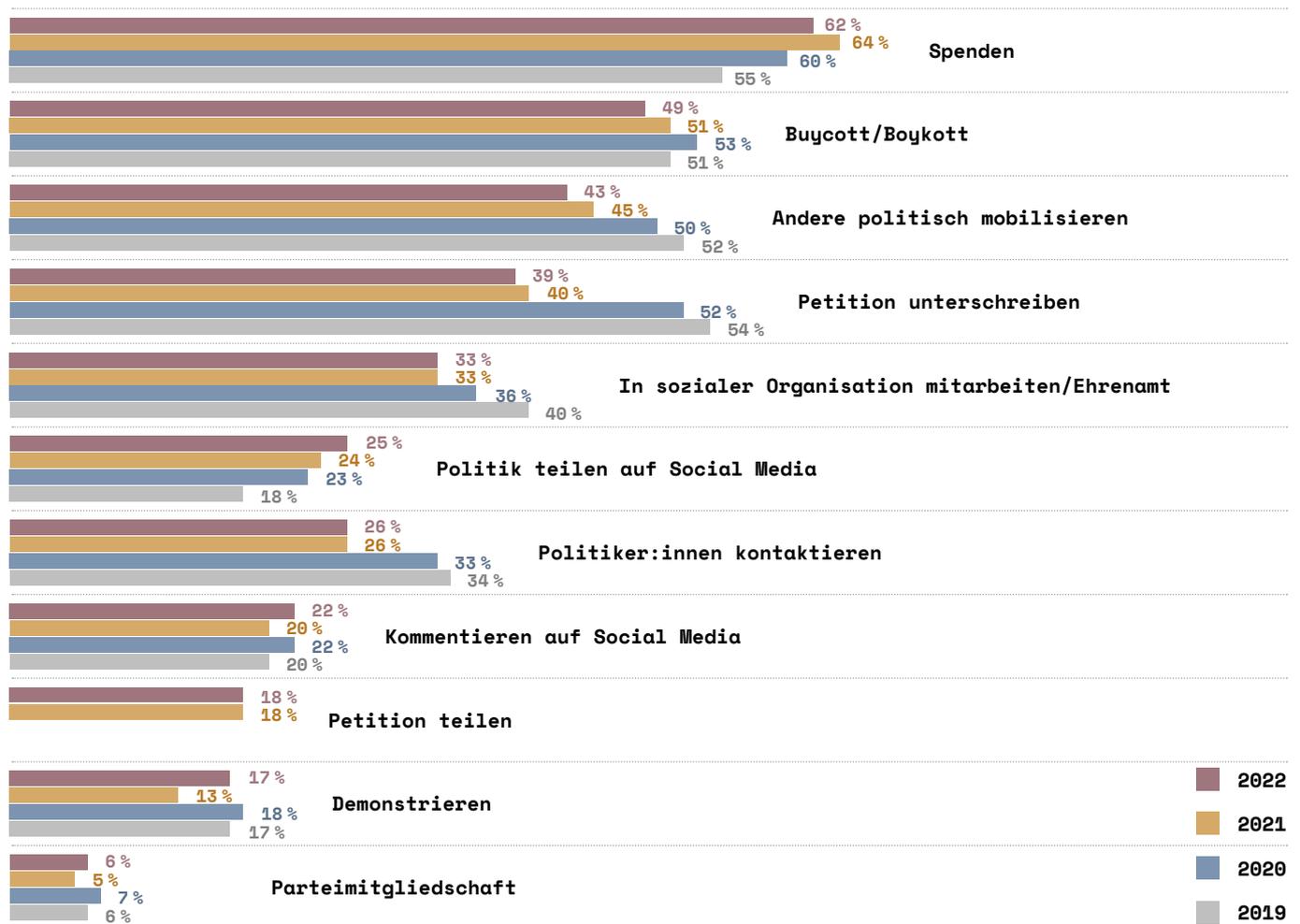
⁹ Leißner, L. (2021). Die Digitalisierung von Lebensstilpolitik. Wie Soziale Medien lebensstilpolitisches Engagement prägen. *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 69(3), 380–396. <https://doi.org/10.5771/1615-634X-2021-3-380>

das Internet einen festen Platz erobert, dabei aber offenbar auch eine gewisse Sättigung erreicht, denn auch hier zeigt sich keine wesentliche Zunahme mehr im Zeitverlauf.

Die über die Jahre hinweg populärste Form des Engagements ist das Spenden von Geld an politische, soziale oder gemeinnützige Organisationen. Das trotz politischer Unsicherheiten und Inflation die Spendenbeteiligung auf einem hohen Niveau stabil bleibt und im längerfristigen Vergleich sogar zuge-

nommen hat, kann durch Konflikte und Notsituationen etwa im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine bedingt sein.

Grundsätzlich stabil bleibt auch die Teilnahme an Demonstrationen. Dass sich hier nach einem kleineren Einbruch im Jahr 2021 wieder eine Erholung andeutet, könnte eine Folge der Lockerung der durch die COVID-19-Pandemie bedingten Einschränkungen des öffentlichen Lebens sein.



Ausgeübte Formen politischer Partizipation¹⁰
 Basis: Ausübung einer genannten politischen Aktivität innerhalb der letzten 12 Monate, Skala: Ja/Nein, gerundete Prozentangaben n = 2.023 (2022)

¹⁰ Das Teilen von Petitionen wird erst seit 2021 erhoben.

Autoritarismus und antidemokratische Beteiligung

Demokratie lebt von der politischen Teilhabe ihrer Bürger:innen, doch das bedeutet nicht, dass jede Form politischer Aktivität auch automatisch die Demokratie stärkt. So können die vielfältigen Möglichkeiten der demokratischen Beteiligung auch für den Versuch missbraucht werden, demokratische Institutionen oder gar die Demokratie selbst anzugreifen. Gewalttätige Demonstrationen, die in Angriffen auf das Reichstagsgebäude in Berlin 2020 oder das US-Kapitol in Washington 2021 gipfelten, illustrieren das ebenso wie orchestrierte Hass- oder Desinformationskampagnen in sozialen Medien während der Corona-Pandemie. So können die vielfältigen Möglichkeiten der demokratischen Beteiligung auch für den Versuch missbraucht werden, demokratische Institutionen oder gar die Demokratie selbst anzugreifen.

Diesem als „Dark Participation“ („Dunkle Partizipation“)¹¹ bezeichneten Phänomen wird in der aktuellen Befragungsstudie des Weizenbaum Panels nachgespürt, indem die Befragten anhand ihrer demokratischen beziehungsweise autoritären Einstellungen differenziert werden. Ein Vergleich von Menschen mit stark autoritären und damit wenig demokratischen Einstellungen mit dem Rest der Befragten kann zumindest ansatzweise aufklären, welche Praktiken als „Dark Participation“ im Repertoire demokratiefeindlich eingestellter Menschen eine Rolle spielen.

Rund 9 Prozent der deutschen Bevölkerung stimmten allen drei Aussagen, mit denen diese autoritären Einstellungen in der Befragung gemessen wurden (Konventionalismus, autoritäre Unterwürfigkeit und autoritäre Aggression)¹², „voll“ oder „eher“ zu. Diese stark autoritäre Gruppe unterscheidet sich so-

ziodemografisch nur geringfügig vom Rest der Bevölkerung: Autoritär eingestellte Personen sind im Durchschnitt acht Jahre älter und politisch stärker rechts orientiert¹³ und verfügen im Durchschnitt über eine etwas niedrigere formale Bildung.

Wie beteiligen sich diese Personen nun an der Demokratie? Hier sind verschiedene Szenarien denkbar: Entweder sind Autoritäre besonders aktiv, weil sie das politische System, in dem sie leben, ablehnen und es deshalb aktiv zu verändern versuchen. Dafür könnten die mediale Aufmerksamkeit für diese Formen von Dark Participation und die oben erwähnten spektakulären Beispiele sprechen. Umgekehrt könnte eine Ablehnung demokratischer Prozesse aber auch zu einer Abwendung und Passivität in der Partizipation führen. Oder es zeigen sich besondere Muster, in denen sich einzelne Partizipationsformen als besonders wichtig, andere als eher unwichtig herausstellen.

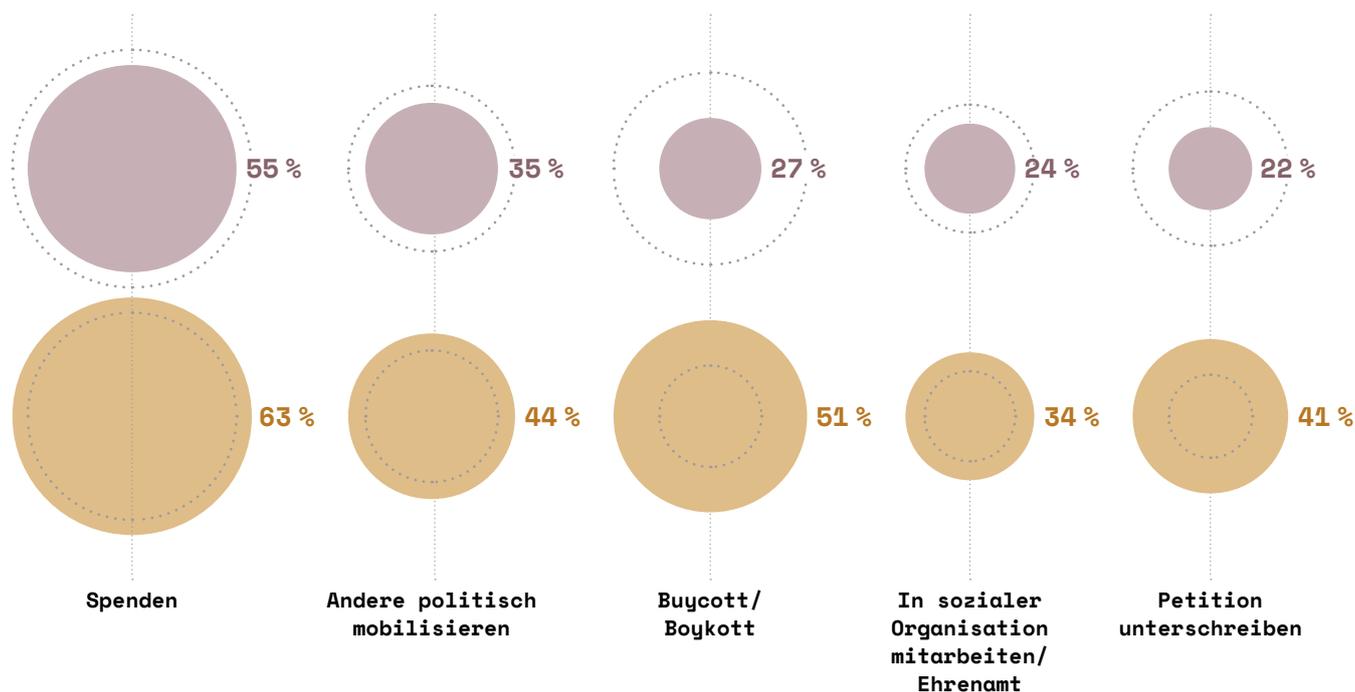
¹¹ Quandt, T. (2018). Dark participation. *Media and Communication*, 6(4), 36–48. <https://doi.org/10.17645/mac.v6i4.1519>

¹² Heller, A., Decker, O., Schmalbach, B., Beutel, M., Fegert, J. M., Brähler, E., & Zenger, M. (2020). Detecting authoritarianism efficiently: Psychometric properties of the screening instrument Authoritarianism – Ultra Short (A-US) in a German representative sample. *Frontiers in Psychology*, 11. <https://doi.org/10.3389/fpsyg.2020.533863>

¹³ Basis: Selbsteinordnung auf der politischen Links-Rechts-Skala von 1 „ganz links“ bis 10 „ganz rechts“

■ Stark autoritär eingestellte Personen

■ Gesamtgesellschaft

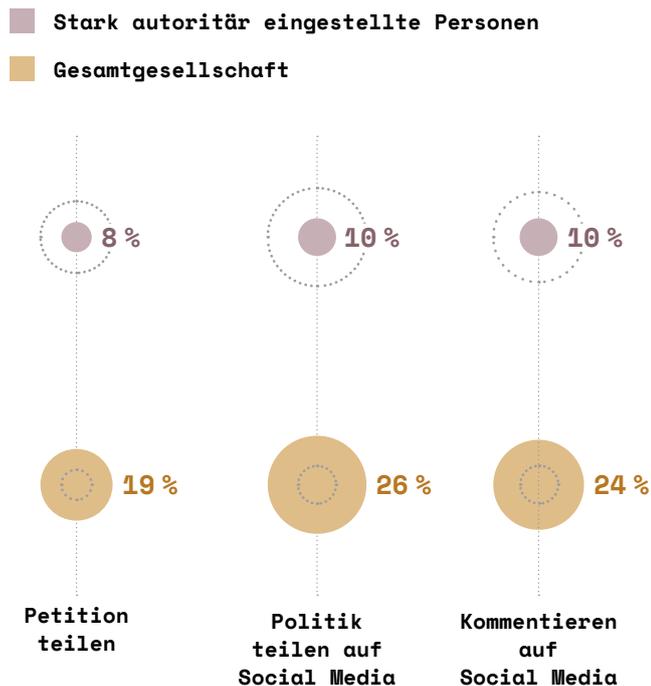


Politische Partizipation von stark autoritär eingestellten Personen im Vergleich mit der Gesamtgesellschaft

Basis: Ausübung einer genannten politischen Aktivität innerhalb der letzten 12 Monate, Skala: Ja/Nein, gerundete Prozentangaben, n = 2.023

Die Befunde sprechen klar für die zweite Annahme: In der Gruppe der autoritär eingestellten Personen ist der Anteil der Partizipierenden jeweils deutlich niedriger als in der Gesamtbevölkerung. Dies gilt auch für die internetbezogenen Partizipationsformen, die in der öffentlichen Wahrnehmung – Stichwort: Telegram-Gruppen als Treffpunkt von Verschwörungsgläubigen – als Schwerpunkt des antidemokratischen Aktivismus gelten.

Auch sehen wir deutlich niedrigere Anteile unter autoritär eingestellten Personen als in der Gesamtbevölkerung: Lediglich rund 10 Prozent (gegenüber 24 %) kommentieren politische Inhalte in sozialen Medien, fast ebenso wenige (10 % gegenüber 26 %) teilen dort politische Inhalte; nur acht Prozent (gegenüber 19 %) teilen Petitionen. Die oft wahrgenommene Masse an demokratiefeindlichen Beiträgen im Internet geht somit sehr wahrscheinlich auf eine nur geringe Zahl besonders aktiver Personen und Social-Media-Accounts zurück.



Politische Partizipation im Internet von stark autoritär eingestellten Personen im Vergleich mit der Gesamtgesellschaft

Basis: Ausübung einer genannten politischen Aktivität innerhalb der letzten 12 Monate, Skala: Ja/Nein, gerundete Prozentangaben, n = 2.023

Online Civic Intervention: Zivilcourage im Internet

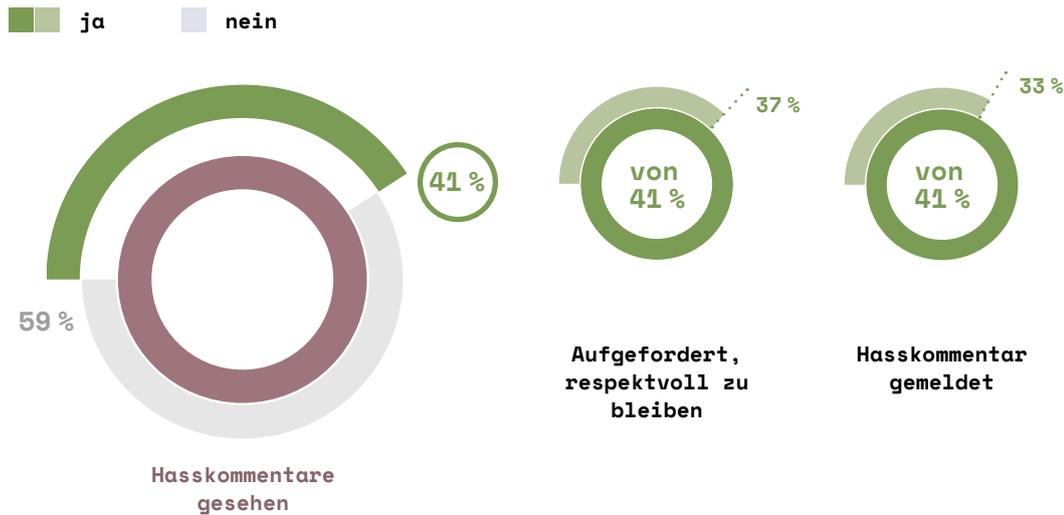
Ein Gegenstück zu „Dark Participation“ ist das aktive Eintreten von Bürger:innen gegen Hassrede und Falschinformationen im Internet (sog. „Online Civic Intervention“)¹⁴. Diese Aktivitäten sind ein Indikator für die gesellschaftliche Resilienz gegen Angriffe auf demokratische Werte in politischen Auseinandersetzungen.

In 2022 geben 41 Prozent der deutschen Bevölkerung an, hasserfüllte Kommentare im Internet gesehen zu haben, wodurch sich der rückläufige Trend aus den Vorjahren fortsetzt (2019: 54 %; 2020: 51 %; 2021: 43 %). Über ein Drittel (37 %) von ihnen sagt von sich, gegen diese Kommentare auch schon einmal vorgegangen zu sein, indem sie die Verfasser:innen dieser Beiträge zu einem respektvollen Miteinander aufgerufen haben. 33 Prozent haben solche Kommentare schon einmal dem

Plattformbetreiber gemeldet. Gegenüber den Vorjahren sind diese Werte recht stabil.

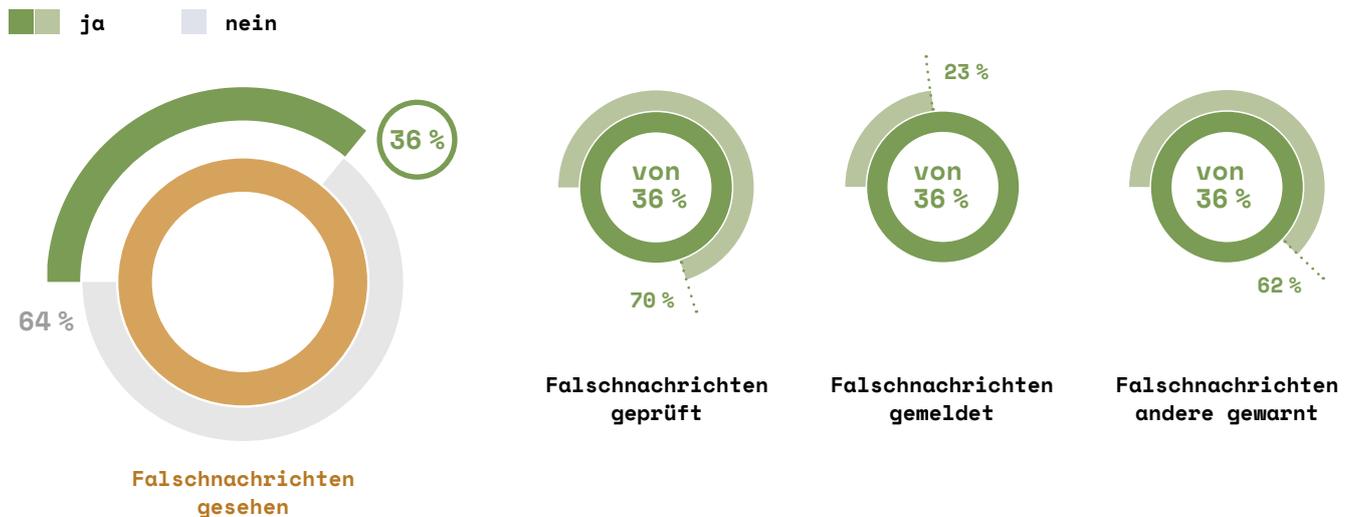
Auf Falschnachrichten im Internet sind – ähnlich wie in den Vorjahren – nach eigener Auskunft 36 Prozent der deutschen Bevölkerung gestoßen. 70 Prozent von ihnen sagen, sie hätten solche Falschnachrichten schon einmal überprüft, 62 Prozent geben an, im Laufe der letzten 12 Monate mindestens einmal andere Internetnutzer:innen vor Falschnachrichten gewarnt zu haben. Demgegenüber sagt nur etwa ein Viertel (23 %), dass sie in 2022 Falschnachrichten gemeldet haben. Gründe hierfür könnten mangelndes Vertrauen in die Plattformbetreiber oder Zweifel an der Effektivität dieser Meldungen sein.

¹⁴ Porten-Chée, P., Kunst, M., & Emmer, M. (2020). Online Civic Intervention: A new form of political participation under conditions of a disruptive online discourse. *International Journal of Communication*, 14, 514–534. <https://ijoc.org/index.php/ijoc/article/view/10639>



Beobachtung von und Reaktionen auf Hasskommentare

Basis: Beobachtung mindestens eines Hasskommentars in den letzten 12 Monaten, Skala: Ja/Nein, gerundete Prozentzahlen, n = 2.023; davon Personen, die angeben, Autor:innen von Hasskommentaren in den letzten 12 Monaten zu respektvollem Verhalten aufgefordert zu haben, Skala: Ja/Nein, gerundete Prozentzahlen, n = 820; Basis: Personen, die angeben, hasserfüllte Kommentare an Plattformbetreiber gemeldet zu haben, Skala: Ja/Nein, gerundete Prozentzahlen, n = 820



Beobachtung von und Reaktionen auf Falschnachrichten

Basis: Beobachtung mindestens einer Falschnachricht in den letzten 12 Monaten, Skala: Ja/Nein, n = 2.023; davon Personen, die angeben, Falschnachrichten geprüft zu haben, Skala: Ja/Nein, n = 689; Personen, die angeben, Falschnachrichten an die Plattformbetreiber gemeldet zu haben, Skala: Ja/Nein, n = 689; Basis: Personen, die angeben, andere Nutzer:innen vor Falschnachrichten gewarnt zu haben, Skala: Ja/Nein, n = 689

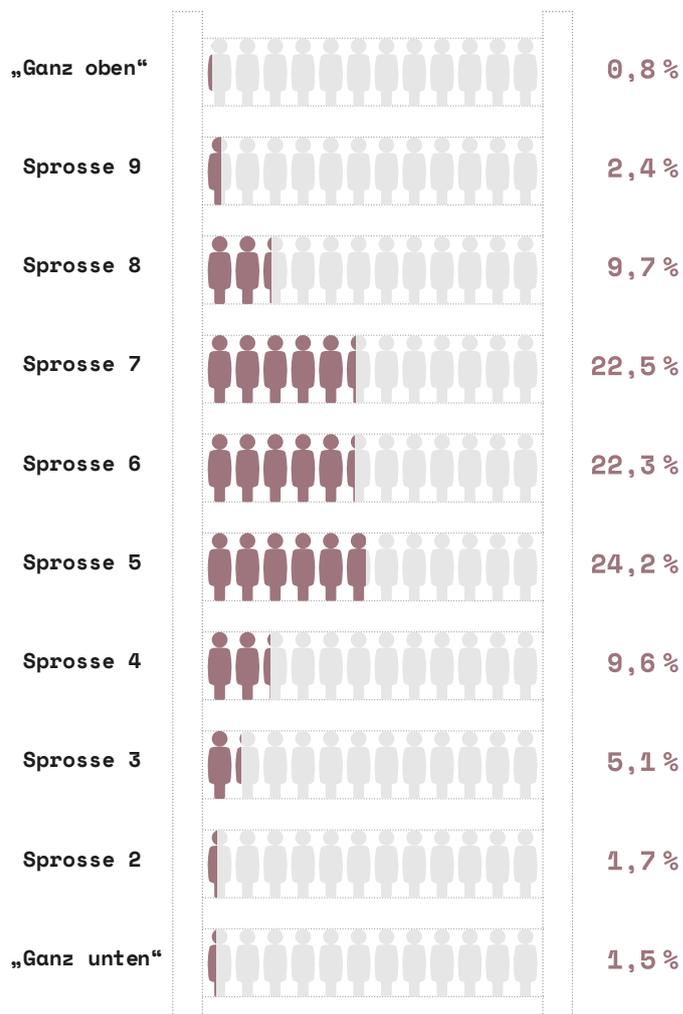
Insgesamt ist der Entwicklungstrend positiv: Während die Sichtbarkeit von Hasskommentaren im Internet offenbar stetig abnimmt, vermutlich als Folge der stärkeren Regulierung der Plattformen etwa durch das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG), bleiben die Zahlen für Online Civic Intervention weitgehend stabil.

Soziale Ungleichheit in der politischen Partizipation

Demokratie erfordert eine möglichst breite Einbeziehung aller Bevölkerungsgruppen. Soziale Ungleichheiten in der Partizipation stellen deshalb mittelbar die Legitimität demokratischer Prozesse infrage. So benötigen viele Formen politischer Partizipation Zeit, Geld oder spezifische Fertigkeiten, etwa im Umgang mit sozialen Medien. Fehlt es an diesen Ressourcen, kann dies die politische Beteiligung erschweren.¹⁵ Auf der anderen Seite kann ein Gefühl von Unzufriedenheit, zum Beispiel mit der eigenen finanziellen Situation, Menschen auch politisch mobilisieren.¹⁶

Um herauszufinden, wie unterschiedlich sich Menschen aus verschiedenen sozialen Gruppen politisch beteiligen, wurde in der Befragung die Selbsteinschätzung der Menschen auf einer „sozialen Leiter“ erhoben. Ganz oben auf der Leiter ordnen sich Menschen ein, die ihrer Meinung nach „am besten dastehen“ und ganz unten auf der Leiter diejenigen, die glauben, dass sie „am schlechtesten dastehen“. Auf diese Weise lässt sich indirekt ermitteln, wie stark sich Menschen sozial benachteiligt fühlen – was ein Grund dafür sein könnte, sich entweder von gesellschaftlichem Engagement zurückzuziehen oder sich aus dem Wunsch zur Veränderung ihrer persönlichen Lage oder der herrschenden Verhältnisse stärker zu engagieren.

Auf dieser sozialen Leiter verorten sich rund 42 Prozent der Befragten auf den unteren fünf Sprossen, wohingegen sich mit 58 Prozent der größere Teil der Befragten höher einschätzt.

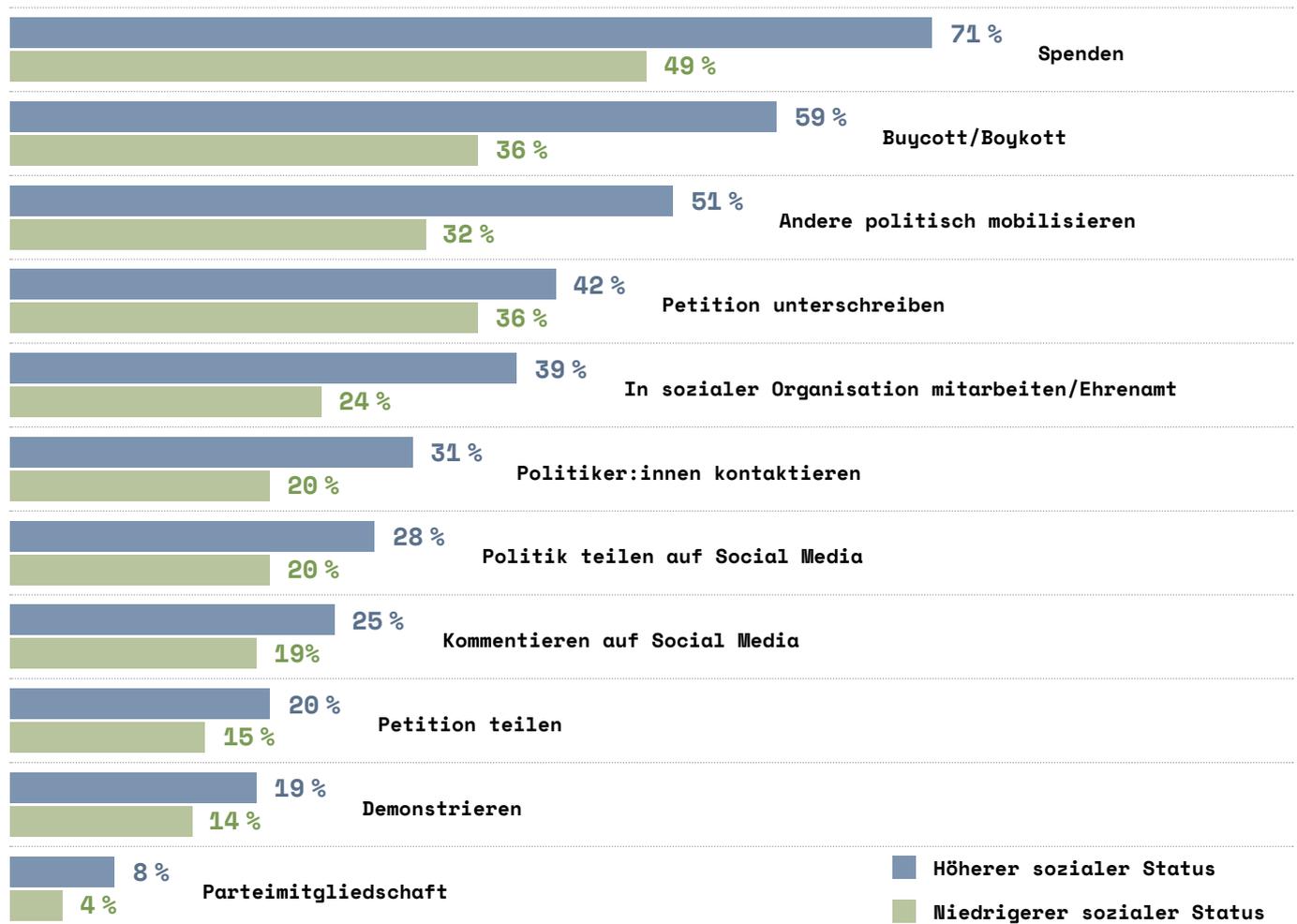


Selbsteinschätzung der Befragten auf der sozialen Leiter

Basis: „Nun bitte ich Sie, sich unsere Gesellschaft als eine soziale Leiter vorzustellen, von 1 „ganz unten“ bis 10 „ganz oben“. Ganz oben auf der Leiter sind diejenigen, die am besten dastehen, also die das meiste Geld, die höchste Bildung und die besten Berufe haben. Ganz unten auf der Leiter sind diejenigen, die am schlechtesten dastehen. Bitte ordnen Sie sich selbst auf der Leiter von 1 „ganz unten“ bis 10 „ganz oben“ ein“, Skala: 1 bis 10; n = 2.023

¹⁵ Brady, H., Verba, S., & Schlozman, K. (1995). Beyond SES: A Resource Model of Political Participation. *American Political Science Review*, 89(2), 271–294. <https://doi.org/10.2307/2082425>

¹⁶ Kurer, T., Häusermann, S., Wüest, N., & Enggist, M. (2019). Economic grievances and political protest. *European Journal of Political Research*, 58(3), 866–892. <https://doi.org/10.1111/1475-6765.12318>
Kern, A., Marien, S., & Hooghe, M. (2015). Economic crisis and levels of political participation in Europe (2002–2010): The role of resources and grievances. *West European Politics*, 38(3), 465–490. <https://doi.org/10.1080/01402382.2014.993152>

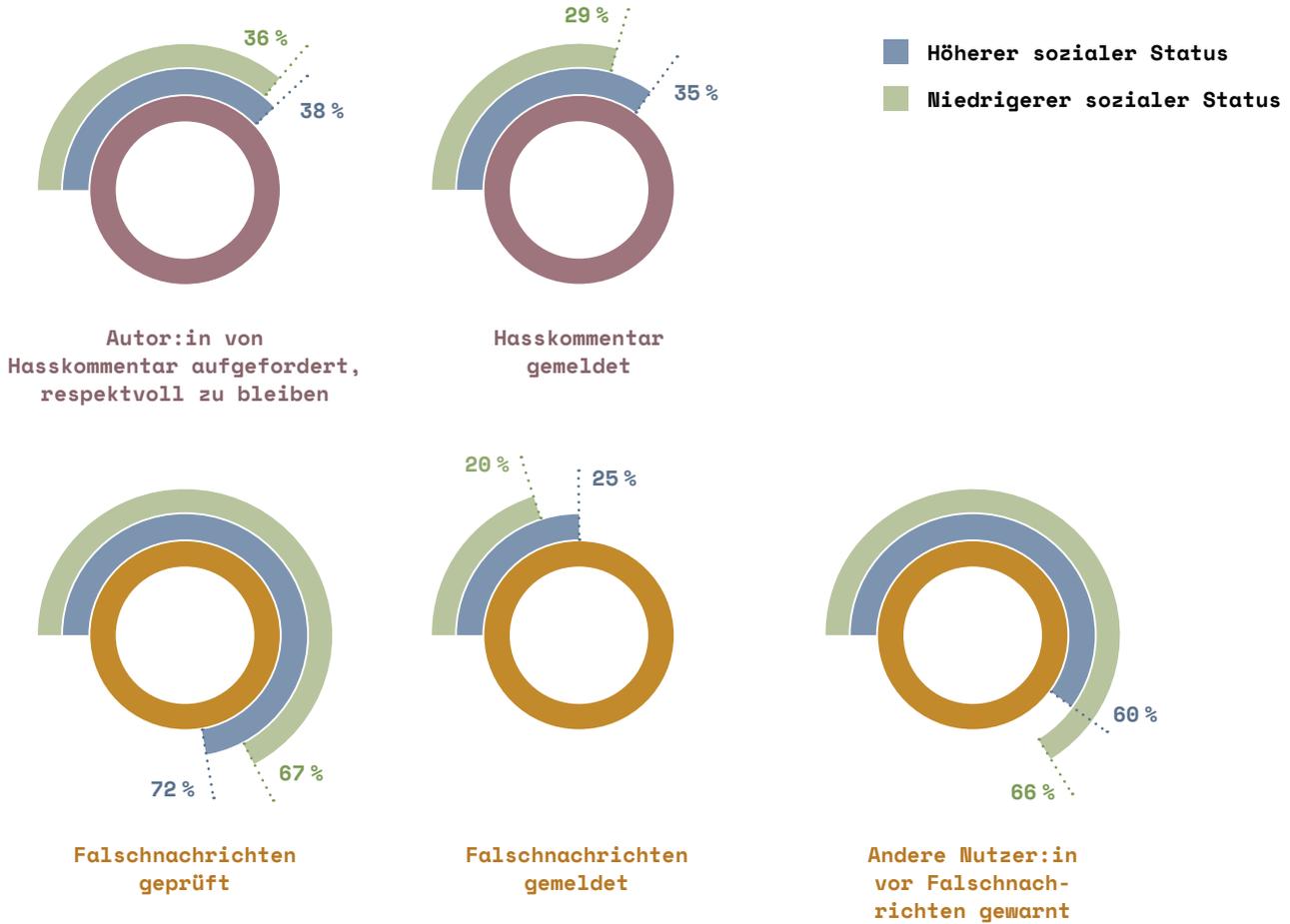


Politische Partizipation von Menschen, die ihre gesellschaftliche Position niedriger bzw. höher einschätzen

Basis politische Partizipation: Ausübung einer genannten politischen Aktivität innerhalb der letzten 12 Monate, Skala: Ja/Nein, n = 2.023; Basis sozialer Status: Selbsteinschätzung auf einer Skala von 1 „ganz unten“ bis 10 „ganz oben“, abgebildete Skala: Zusammenfassung der Skalenpunkte 1 bis 5 als „niedrigerer sozialer Status“ und 6 bis 10 als „höherer sozialer Status“, n = 2.023

Grundsätzlich partizipieren Menschen, die sich sozial als schlechter gestellt einstufen, seltener als besser gestellte. Dies trifft in besonderem Maße auf traditionelle und institutionelle Partizipationsformen wie Parteimitgliedschaft, Ehrenamt oder dem Kontaktieren von Politiker:innen zu, aber auch auf Spenden und Buy-/Boykotte. Dennoch gibt es auch Aktivitäten, die weniger stark im Zusammenhang mit dem subjektiven sozialen Status stehen: Dazu gehören vor allem die „Online Civic Intervention“ gegen Hassrede und Falschnachrichten. Auch wenn besser gestellte Personen angeben,

Hasskommentare und Falschnachrichten im Internet häufiger zu sehen, sind die Unterschiede in der Reaktion darauf nur minimal.



Interventionen gegen Hassrede und Falschnachrichten im Internet von Menschen, die ihre gesellschaftliche Position niedriger bzw. höher einschätzen
Basis Interventionen: Ausübung einer genannten politischen Aktivität innerhalb der letzten 12 Monate, Skala: Ja/Nein, n = 820 (Hasskommentare)/689 (Falschnachrichten); Basis sozialer Status: Selbsteinschätzung auf einer Skala von 1 „ganz unten“ bis 10 „ganz oben“, abgebildete Skala: Zusammenfassung der Skalenpunkte 1 bis 5 als „niedrigerer sozialer Status“ und 6 bis 10 als „höherer sozialer Status“, n = 2.023

Tendenziell sind es neuere, kommunikative und internetbasierte Partizipationsformen, die weniger stark durch soziale Statusunterschiede geprägt sind. Das ist ein Hinweis darauf, dass sich der sogenannte „Digital Divide“ im Bereich politischer

und gesellschaftlicher Partizipation abschwächen könnte und dass in einer zunehmenden Digitalisierung politischen Engagements ein Potenzial für stärker inklusive Partizipation liegt.